

Fri, 24 May 2013 09:17:28 +0200 (CEST)

Subject: [ccs-stoppen] "Energieunternehmen fordern Politik zum Handeln auf"

To: BUND <ccs-stoppen@news.bund.net>

http://www.co2handel.de/article185_20236.html

Energieunternehmen fordern Politik zum Handeln auf (23.05.2013)

Acht europäische Energiekonzerne üben in Brüssel Druck auf die Politik aus. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Unternehmen, "dass die kritische Lage des Energiesektors dringend entschärft werden muss". Zu den Initiatoren des Papiers gehören die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON, das französische Unternehmen GDF Suez, die italienischen Konzerne Eni und Enel, die niederländische GasTerra und die spanischen Unternehmen Iberdrola und GasNatural Fenosa.

...

Auch im Bereich der erneuerbare Energien beziehen die Unternehmen Position. Zwar sollten die Erzeugungsanlagen für regenerativen Strom weiter gefördert werden. Allerdings müsse dieses nachhaltig geschehen, um damit die Kosten für die Bürger zu senken. Zuletzt fordern sie einen stärkeren politischen Handlungsrahmen, um Investitionen in neue Technologien zu fördern. Neben intelligenten Stromnetzen und Zählern, zielen die Urheber dabei auch auf die umstrittenen Technologien zur Schiefergasgewinnung (Fracking) und zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) ab. Beide stoßen in vielen Mitgliedsstaaten auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung und der Politik.